

Inga Nitz

in der Bremischen Bürgerschaft am 13. November 2008

Rede zum Antrag der Linksfraktion „Arbeitsrechte kirchlich Beschäftigter sichern“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der letzten Sitzung haben wir ausführlich über das Problem der Leih- und Zeitarbeit debattiert.

Die Fragen der Mindestlohn-Sicherung und der Tariftreue beschäftigen uns hier immer wieder.

Da geht es um staatliche Regelungen, aber auch darum, dass wir gesellschaftliche Bündnispartner brauchen gegen eine Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten und Tarifrechten.

Die Kirchen sind dabei ein wichtiger Ansprechpartner, gerade auch als großer Arbeitgeber im sozialen Bereich. Umso mehr muss es uns beschäftigen, wenn offenbar im Bereich der kirchlichen Sozialdienste einiges im Argen liegt.

Wir reden hier von einem konkreten Arbeitgeber, der in den letzten Jahren nahezu jährlich durch Umgründungen und Ausgründungen seine Struktur verändert hat, und jedes Mal mit nachteiligen Wirkungen auf die Arbeitnehmer. Dieser Arbeitgeber hat eine eigene Zeitarbeitsfirma gegründet. Er hat zwei weitere Gesellschaften gegründet, in denen Zeitarbeit und Serviceleistungen vermischt werden.

Er hat eine Struktur geschaffen, wo in der gleichen Dienststelle unterschiedlichste Arbeitsverhältnisse und Tarife gelten. Er hat den Beschäftigten lange Zeit eine gemeinsame Mitarbeitervertretung verwehrt, weil sie zwar im gleichen Haus arbeiten, aber inzwischen zu unterschiedlichsten Teilfirmen gehören. Er nimmt Einstellungen vor über eine neue Firmeneinheit, für die der allgemeine Tarif nicht gilt. Und er sagt seinen ArbeitnehmerInnen:

Streiken dürft ihr nicht, denn ihr arbeitet ja bei einem kirchlichen Arbeitgeber.

Die Rede ist von der Stiftung Friedehorst. Friedehorst ist Teil des Diakonischen Werkes in Bremen, des Wohlfahrtsverbandes der Evangelischen Kirche in Bremen. Aber Friedehorst ist eben nicht einfach Friedehorst. Friedehorst ist: Die Stiftung Friedehorst, die Service-Gesellschaften Diakonische Dienste für Friedehorst 1 und 2, die Zeitarbeitsfirma parat, usw.

Hier passiert genau das, was wir auf dem Arbeitsmarkt seit langem mit Sorge beobachten: Ein systematisches Ausnutzen der Möglichkeit, sich Tarifen zu entziehen, Arbeitsverhältnisse mit ungesichertem Status zu schaffen, und eine einheitliche Stellung und Vertretung der MitarbeiterInnen möglichst zu verhindern.

Ich finde, das ist Grund genug, hier auf den kirchlichen Arbeitgeber zuzugehen und sich für die Rechte der MitarbeiterInnen stark zu machen.

Kurz zur Stellungnahme des Vorstands der Stiftung Friedehorst.

Im Wesentlichen wird gesagt: Der Markt ist hart, wir brauchen unsere Margen, wir machen nichts Ungesetzliches.

Das haben wir nicht bestritten. Sondern genau das ist das Problem.

Hier wird von einem kirchlichen Arbeitgeber all das vollzogen, was die Kirchen selbst mit Recht immer wieder an der Arbeitsmarktentwicklung kritisiert haben. Und ich finde, da muss man sich dann entscheiden.

Wenn man sagt, wir sind ein Unternehmen wie jedes andere, auf mehr könnt ihr euch nicht berufen – dann soll man sich bitte auch auf Streik und Arbeitskampf einstellen.

Wenn man aber sagt, wir machen alles, was Unternehmen eben so machen können heutzutage, aber IHR habt eine besondere Verpflichtung als Angestellte eines diakonischen Betriebs, und deshalb dürft ihr nicht streiken – dann wird es zynisch.

Was unser Antrag will – und das stellen wir hier zur Beschlussfassung – ist, dass sich der Senat seiner Verantwortung stellt und hier das Gespräch mit den kirchlichen Arbeitgebern sucht.

Hinsehen, nicht wegsehen.

Es GIBT einen Senator für kirchliche Angelegenheiten, es GIBT die Tradition eines besonderen Gesprächsverhältnisses zwischen Senat und Kirchen – und das muss man in so einem Fall ernst nehmen.

Ferner sind die kirchlichen Dienste in großem Umfang auch Auftragsnehmer und Zuwendungsempfänger der öffentlichen Hand.

Und auch da ist es so: Wenn das Diakonische Werk sagt, wir sind ein Arbeitgeber wie jeder andere, etwas anderes könnt ihr von uns nicht erwarten, und wir setzen alle Möglichkeiten ein um Kosten zu drücken – dann muss der Senat bei der Vergabe seiner Selbstverpflichtung nachkommen und Tariftreue zur Bedingung machen.

Das ist der Inhalt unseres Antrags, und ich bitte sehr darum, diesem Antrag zuzustimmen.